

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 430/16 vom 23. September 2016

Heike Franzen zu TOP 31: Die Ministerin hat eine Mitautorin der Fachanforderungen mit dem Gutachten beauftragt

Es gilt das gesprochene Wort
Sperrfrist Redebeginn

Und täglich grüßt das Murmeltier. An diesen Film musste ich denken, als ich am Anfang der Sommerferien die Pressemitteilung des Philologenverbandes las. Immer wieder der gleiche Umgang mit Fachanforderungen an den Schulen. Das Ministerium hat die Fachanforderungen für Biologie festgelegt. Sie sollten in diesem Schuljahr die Lehrpläne ersetzen und insbesondere die neue grundsätzliche Ausrichtung und die Themenfolge sorgen bei Fachlehrkräften für begründete Kritik.

Mitgeteilt wurde das per Nachrichtenblatt am 13. Juli 2016 und nach den Sommerferien sollen die schulinternen Curricular fertig sein und im Unterricht umgesetzt werden. Die vorangegangene Phase der Stellungnahme fiel in die Zeit der Abschlussprüfungen in den Schulen. Es ist schon erstaunlich, dass das Bildungsministerium - als Dienstherr - sich offensichtlich nicht bewusst war, zu welcher Mehrbelastung das in den Schulen geführt hat. Und dann wundert sich das Ministerium über die Kritik der Lehrerverbände an dem Verfahren. Und diese Kritik kommt nicht aus heiterem Himmel, bereits in dieser Anhörungsphase machte der Philologenverband in seiner Stellungnahme auf genau diese Situation aufmerksam.

Da hilft es auch nicht, wenn die Ministeriumssprecherin auf die vorausgehende Diskussionsphase hinweist und der Auffassung ist, dass niemand von den Fachanforderungen überrascht sein kann. Curricular in den Schulen können nun mal nicht auf der Basis eines Diskussionsstandes erarbeitet werden, dazu muss man schon wissen, was denn tatsächlich Beschlusslage ist.

Das hatten wir doch alles schon mal bei der Umsetzung der Fachanforderungen für Geschichte und WiPo. Damals genau das gleiche Verfahren, Anhörungsphase während der Prüfungsphase, Erlass vor den Sommerferien und Umsetzung sollte nach den Sommerferien stattfinden. Und auch damals eine komplette Umstellung der inhaltlichen Vorgaben und der entsprechende Protest aus den Fachschaften der Schulen. Daraus hat das Ministerium entweder nichts gelernt oder es steckt System hinter diesem Vorgehen.

Zwei Punkte unterscheiden sich dann aber doch von dem Vorgehen bei den Fachanforderungen Biologie. Bei Geschichte und WiPo war das Ministerium bereit, noch einmal in die inhaltliche Diskussion einzusteigen und die Fachanforderungen entsprechend zu verändern. Das findet bei Biologie nicht statt. Warum eigentlich nicht?

Meines Wissens gibt es eine Reihe von Stellungnahmen die deutlich machen, dass es erhebliche Bedenken bei der inhaltlichen Ausrichtung der Fachanforderungen gibt, bis hin, dass die Lehrkräfte deutlich machen, dass es für diese Ausrichtung kein ausreichendes Unterrichtsmaterial gibt. Trotzdem sind die Fachanforderungen in Kraft getreten und die Schulen müssen jetzt umsetzen.

Der zweite Punkt, der wirklich bedenklich stimmt, ist die Frage der Erstellung des Gutachtens zu den Fachanforderungen. Eine der Mitautorinnen wird damit beauftragt und lobt – oh Wunder – die selbst geleistete Arbeit.

Darauf verlässt sich das Ministerium und drückt die Fachanforderungen durch, ohne Rücksicht auf die Kritik aus den Fachschaften der Schulen, die das umsetzen müssen. Ein solches Verfahren der Begutachtung widerspricht nicht nur jeglichen gesunden Menschenverstand, sondern auch den üblichen Verfahren und den Vorgaben der DFG - der Deutschen Forschungsgesellschaft.

Wir stehen noch am Anfang des Schuljahres und der Vorschlag der FDP, ebenso zu verfahren, wie mit den Fachanforderungen Geschichte und WiPo verfahren worden ist, ist ein pragmatischer Vorschlag. Wenn die Ministerin schon nicht bereit ist, auf die Fachschaften in den Schulen zuzugehen und

deren Kritik ernst zu nehmen, dann sollten wir das hier wenigstens im Parlament tun. Wir werden dem Antrag der FDP zustimmen und werben dafür, die Umsetzung der Fachanforderungen für Biologie noch einmal auszusetzen, die Stellungnahmen der Schulen zu berücksichtigen und ein unabhängiges Gutachten zu Rate zu ziehen.